FAZ v. 8.5.2009

„Kein Hartz IV für Asylbewerber“

EU-Parlament stimmt gegen Vorschlag der Kommission

nbu. PRAG, 7. Mai. Das Europäische Parlament hat sich dafür ausgesprochen, es den EU-Mitgliedstaaten weiterhin selbst zu überlassen, ob sie Asylbewerber mit Geld- oder mit Sachleistungen unterhalten. Am Donnerstag stimmten 431 Abgeordnete bei 69 Gegenstimmen und 43 Enthaltungen gegen einen Vorschlag der Europäischen Kommission, dem zufolge Asylbewerber künftig Anspruch auf materielle Leistungen haben sollen, die der Sozialhilfe für einheimische Bürger entsprechen.

Gegen den Vorschlag, der Teil einer neuen EU-Richtlinie zum Asylrecht werden soll, waren insbesondere die Abgeordneten von CDU und CSU. Ihr innenpolitischer Sprecher Manfred Weber (CSU) sagte, nun werde es kein Hartz IV für Asylbewerber geben. In Deutschland habe sich die Regelung bewährt, Asylbewerber vor allem Sachleistungen zu gewähren. Wolfgang Kreissl-Dörfler (SPD) warf der Union vor, sie habe verhindert, dass in Europa Mindeststandards für die Ärmsten der Armen ge-

schaffen würden, was etwa angesichts der Behandlung von Asylbewerbern in Italien den Anreiz erhöhe, nach Deutschland zu kommen.

In einem anderen Punkt folgte das Parlament der Kommission. Es stimmte dem Vorschlag zu, Asylbewerber künftig schon nach sechs Monaten eine Arbeitserlaubnis zu erteilen. In Deutschland liegt die Grenze derzeit bei zwölf Monaten. Hier bestehen aber Vorbehalte bei den Mitgliedstaaten, unter anderem in Deutschland, über die nun zügig zwischen Parlament und Rat verhandelt werden soll. Ein Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens wird bis Herbst erwartet. Zu den geplanten neuen Regelungen gehört auch, dass Asylbewerber nur in Einzelfällen in Haft genommen werden dürfen, ihre Fingerabdrücke aus der europäischen Asylbewerberdatei Eurodac zu löschen sind, sobald sie nicht mehr gebraucht werden, und dass ein EU-Büro zur Koordinierung der Asylpolitik der Mitgliedstaaten eingerichtet wird. Auch über eine gleichmäßigere Verteilung von Asylbewerbern in Europa wird beraten.

Seite 8 / Süddeutsche Zeitung Nr. 105

v. 8.5.2009

Ausland

Arbeit nach sechs Monaten

Brüssel - Asylbewerber sollen in der EU künftig angemessen und würdig untergebracht und versorgt werden, solange sie auf die Bearbeitung ihrer Anträge warten. Dies hat das Europaparlament am Donnerstag in Straßburg in erster Lesung beschlossen. Die EU strebt in einigen Jahren ein einheitliches europäisches Asylrecht an. Die Abstimmung von Donnerstag betraf eines der geplanten Maßnahmenpakete. Anders als die Kommission lehnt es die Mehrheit des Parlaments jedoch ab, den Mitgliedstaaten eine finanzielle Unterstützung in Höhe der jeweiligen nationalen Sozialhilfe vorzuschreiben. Das Bundesinnenministerium begrüßte diesen Schritt. In Deutschland erhalten Asylbewerber Leistungen, die etwa ein Drittel niedriger sind als Sozialhilfe. Asylbewerber sollen laut EU-Parlament aber spätestens nach sechs Monaten – nicht wie in Deutschland erst nach zwölf Monaten – arbeiten dürfen. Die Abgeordneten billigten zudem die Einrichtung eines Asylbüros in Brüssel, das den Mitgliedstaaten bei der Bearbeitung von Asylanträgen helfen soll. Es soll zudem mehr Ausnahmen von der Regel geben, dass Asylanträge nur im Ankunftsstaat gestellt werden dürfen. cob, rpr